

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**der 48. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Donnerstag, dem 29. Juni 2017, und am Freitag, dem 30. Juni 2017**

Vor Eintritt in die Tagesordnung informierte die Präsidentin darüber, dass die Anträge „Regelmäßige und gute Ausbildung in der Sekundarstufe I für alle Schüler in Brandenburg sicherstellen“ (Drucksache 6/6729) und „Regelungen für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohngebieten in Brandenburg, da der Schutz der Gesundheit unserer Bürger Vorrang haben sollte“ (Drucksache 6/6730, Neudruck) durch den Antragsteller zurückgezogen wurden.

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Zukunft des Bildungsföderalismus in Deutschland

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6814

vom 20.06.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6857

vom 26.06.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6877

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/6838

vom 23.06.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 990 bis 996 und 998 bis 1014 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet. Die Mündliche Anfrage 997 wurde durch den Fragesteller zurückgezogen.

TOP 3 - Feuerwehrrente für die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren in Brandenburg

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6686

vom 30.05.2017

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überwiesen.

TOP 4 - Menschen, Bienen und Gewässer schützen - ein Pestizidausstiegsprogramm für Brandenburg

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6810

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 5 - Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2017 im Land Brandenburg

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6521

vom 02.05.2017

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Drucksache 6/6889

vom 27.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6894

vom 28.06.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion
Drucksache 6/6897
vom 28.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 6 - Gesetz zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019 (Amtszeitenregelungsgesetz - AmtszeitenRG)

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 6/6519
vom 02.05.2017
3. Lesung

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Inneres und Kommunales zur 2. Lesung***
Drucksache 6/6855
vom 26.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag
der CDU-Fraktion
Drucksache 6/6874
vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 7 - Kindertagesstättenanpassungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/6522
vom 03.05.2017
2. Lesung

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport***
Drucksache 6/6870
vom 26.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag
der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/6881
vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6885

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 8 - Gesetz zu dem Abkommen zur dritten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6524

vom 03.05.2017

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 6/6831

vom 21.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 9 - Gesetz zu dem Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6532

vom 05.05.2017

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses

Drucksache 6/6833

vom 21.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 10 - Fünftes Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6777

vom 14.06.2017

1. Lesung

Der Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung überwiesen.

TOP 11 - Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Große Anfrage 22 der AfD-Fraktion

Drucksache 6/5887

vom 18.01.2017

Antwort der Landesregierung

Drucksache 6/6525

vom 03.05.2017

Der Landtag nahm die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 22 zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6900

vom 29.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 12 - Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung

(gemäß Beschluss des Landtages vom 12.06.2015 - Drs. 6/1601-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/6785

vom 15.06.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 13 - Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg

Antrag der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/2559

vom 11.09.2015

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Energie

Drucksache 6/6859

vom 26.06.2017

Der Landtag nahm die Beschlussempfehlung an.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6880

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 14 - Keine Experimente mit der Lausitz - für sozialverträgliche Energiekonzepte

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6698

vom 31.05.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 15 - BrandenburgWLAN

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6720, Neudruck

vom 06.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6871

vom 27.06.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 16 - Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 9 des Petitionsausschusses gemäß § 12 des Petitionsgesetzes

Drucksache 6/6830

vom 23.06.2017

Der Landtag nahm die Übersicht 9 des Petitionsausschusses zur Kenntnis.

Gemäß § 23 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages unterbrach der Vizepräsident des Landtages die 48. Plenarsitzung und teilte mit, dass diese am darauffolgenden Tag fortgesetzt wird.

TOP 17 - Engagement gegen Kinderarmut verstetigen und sichern

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6692

vom 30.05.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6876

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 18 - Fünftes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/6045

vom 17.02.2017

3. Lesung

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport zur 2. Lesung***

Drucksache 6/6854

vom 26.06.2017

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport***

Drucksache 6/6899

vom 28.06.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6884

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 19 - Identifizierbarkeit und Sicherheit im Straßenverkehr gewährleisten

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6772

vom 14.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 20 - Mit Terrorismus muss man nicht leben - Deutschland darf kein Sammelbecken für Terroristen und Islamisten werden

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6773

vom 14.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 21 - Ministerialvorbehalt für Abschiebungen nach Afghanistan

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6778

vom 14.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 22 - Attraktivität von ÖPNV und Ehrenamtskarte erhöhen - Vergünstigungen der Ehrenamtskarte auch im Nahverkehr einräumen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6809

vom 20.06.2017

Der Antrag wurde an den Hauptausschuss überwiesen.

TOP 23 - Die Zukunft der Brandenburger Kirchen dauerhaft sichern

Antrag der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6813, Neudruck

vom 20.06.2017

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur überwiesen.

TOP 24 - Für eine angemessene Verzinsung von Steuernachzahlungen

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6816

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6906

vom 29.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 25 - Schulleitungen entlasten - mehr Zeit für die pädagogische Leitung und ein besseres Schulklima

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6817

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 26 - Die Verfassung achten - für eine ideologiefreie Bildung

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6818

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 27 - „Wachstum für Brandenburg“: Erarbeitung eines Zukunftsplans zur Steigerung der Geburtenrate im Land

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/6819

vom 20.06.2017

Der Landtag lehnte den Antrag ab.

TOP 28 - Für ein starkes Landespolizeiorchester Brandenburg!

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6820

vom 20.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 29 - Krankenhausplanung 2020 - verlässliche Grundlagen für die zukünftige flächendeckende Versorgung in Brandenburg schaffen

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6822

vom 20.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion

Drucksache 6/6878

vom 27.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6901

vom 29.06.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

TOP 30 - Kunst am Bau stärken

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/6823, Neudruck

vom 20.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 31 - Ausstellungsvergütungen für Künstlerinnen und Künstler

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/6824, Neudruck

vom 20.06.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/48

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 48. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

Zukunft des Bildungsföderalismus in Deutschland

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 29. Juni 2017 zum TOP 1 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, nach der Bundestagswahl 2017 eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Grundgesetzes zu ergreifen, durch die das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben und stattdessen eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung verankert wird. Darüber hinaus soll die Beschränkung der Bundesförderung auf die bildungspolitischen Bereiche, in denen der Bund Gesetzgebungskompetenz besitzt, aufgehoben werden.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung und zur Änderung weiterer besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften 2017 im Land Brandenburg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 29. Juni 2017 zum TOP 5 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg weiter steigern

1. Der Landtag stellt fest:

Die Beschäftigten des Landes Brandenburg leisten einen entscheidenden Beitrag für den Erfolg unseres Landes und zur Entwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Ohne ihre Arbeit wäre der wirtschaftliche Aufstieg des Landes Brandenburg so nicht möglich gewesen. Die Landesbediensteten - Beamtinnen und Beamte sowie Tarifbeschäftigte - sorgen mit ihrer Erfahrung, Kompetenz und Bürgernähe dafür, dass das Land Brandenburg über eine leistungsstarke öffentliche Verwaltung verfügt.

Die Landesverwaltung steht auch in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Die Anforderungen an das Land als Arbeitgeber haben sich erheblich verändert. Im Sinne einer vorausschauenden Personalpolitik setzt das Land Brandenburg deshalb nicht allein auf finanzielle Anreize, sondern auch auf die Gewinnung und Ausbildung von Nachwuchskräften sowie die Organisation des Wissenstransfers.

2. Der Landtag bittet vor diesem Hintergrund die Landesregierung, ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes im Land Brandenburg zu entwickeln. Damit das Land als Arbeitgeber attraktiv bleibt, sind in diesem Konzept insbesondere Maßnahmen festzuschreiben, die das Verfahren der Personalgewinnung, die Aufstiegschancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, einen organisierten Wissenstransfer von den älteren zu den jüngeren Beschäftigten sowie familienfreundliche, barrierefreie und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen verbessern. Bei der Erarbeitung des Konzeptes sind die Gewerkschaften zu beteiligen. Das Konzept ist dem Landtag im 2. Quartal 2018 zuzuleiten.“

Beschluss des Landtages Brandenburg

Stopp dem Flächenraubbau in Mühlberg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 29. Juni 2017 zum TOP 13 folgenden Beschluss gefasst:

„Kiessandabbau in Mühlberg

Der Landtag stellt fest:

Die Kiessandlagerstätten im Elbe-Elster-Kreis gehören zu den wertvollsten und besten Lagerstätten im Land Brandenburg. Bereits seit Jahrzehnten werden für den überregionalen Bedarf Kiese und Sande gewonnen. Rund um die Stadt Mühlberg und ihre Ortsteile sind in den vergangenen mehr als 40 Jahren großflächige Kiessandtagebaue entstanden. Die Kiesgewinnung ist in Mühlberg auf einer Fläche von insgesamt 538 Hektar zugelassen. Für den Kiessandtagebau sind weitere Flächen beantragt, die dieses Gebiet auf 707 Hektar in den Gemarkungen der Stadt ausdehnen könnten. 83 Hektar sind in der Nachbarstadt Bad Liebenwerda für Kiesabbau beantragt, weitere Flächen sind in der nördlich angrenzenden Stadt Falkenberg für den Kiesabbau in Vorbereitung.

Die Ortschaften und Einzelgehöfte in der Region sind bei Starkwindereignissen teilweise dem feinkörnigen Flugsand ausgesetzt. Nach Berichten aus der Bevölkerung wird sogar ein Teil des Mutterbodens durch den Wind abgeweht.

Diesen Beschwerden und Hinweisen der Bürger muss nachgegangen werden. Ein erster richtiger Ansatz sind dabei die seit 2014 tagenden ‚Runden Tische‘ der Bergbauunternehmen Elbekies GmbH bzw. Berger Rohstoffe GmbH mit kommunalen Vertretern, Bürgerinitiativen, Vertretern der Landwirtschaft und dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR).

Die bisher erfolgten Rekultivierungen und Nachnutzungen auf oder im Umland der ausgekiesten Flächen sollten nochmals bewertet werden.

In diesem Kontext müssen die bisher geringen Wiedernutzbarmachungen der in Anspruch genommenen Flächen mit einem Umfang von ca. 400 Hektar ebenso wie die zu geringen schützenden Randbepflanzungen, die die benachbarten Ackerflächen und die angrenzenden Häuser vor den Flugsanden schützen, thematisiert werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. Erteilte Genehmigungen zur Rohstoffgewinnung/Auskiesung in Mühlberg und angrenzenden Orten sind mindestens jährlich auf Erfüllung der umwelt-, natur- und bodenschutzrechtlichen Auflagen und Vorgaben - u. a. hinsichtlich der Staubbelastung - zu überprüfen. Die zuständige Behörde kann zulässige nachträgliche Auflagen nach Bundesbergrecht erteilen, wenn diese erforderlich, wirtschaftlich vertretbar und nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erfüllbar sind.
2. Der Wiedernutzbarmachungsplan der Kiesunternehmen ist hinsichtlich der inhaltlichen und zeitlichen Umsetzung in einem geeigneten Forum mit den Bürgern vor Ort durch die Genehmigungsbehörde zu diskutieren.
3. Bei Feststellungen, dass entgegen von Auflagen bzw. Nebenbestimmungen ungenügende oder keine Rekultivierungen erfolgen, sind kurzfristige Maßnahmen bis hin zur Stilllegung der Rohstoffgewinnung/Auskiesung einzuleiten.
4. Bei der Erteilung von Genehmigungen zur Rohstoffgewinnung und Flächeneingriffen für die Kies- und Sandgewinnung sind adäquate Bürgschaften des Antragstellers/Flächennutzers einzufordern, die bei der zuständigen Behörde zu hinterlegen sind. Die Sicherheitsleistungen sind so zu bemessen, dass jederzeit die öffentliche Sicherheit durch entsprechende Maßnahmen hergestellt werden kann.
5. Die in der vom Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung beauftragten Raumbelastungsstudie im Jahr 2016 gegebenen Hinweise und Vorschläge sind auszuwerten und soweit notwendig und sinnvoll umzusetzen.
6. Das Ministerium für Wirtschaft und Energie wird aufgefordert, bis zum Ende des 1. Quartals 2018 einen Bericht zur konkreten Erfüllung der vor Ort erteilten Auflagen im Ausschuss für Wirtschaft und Energie vorzulegen und dabei zum Zeitplan der Umsetzung der Auflagen Stellung zu nehmen.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

BrandenburgWLAN

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 29. Juni 2017 zum TOP 15 folgenden Beschluss gefasst:

„Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots im Land Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Die Nutzung von frei zugänglichen WLAN-Hotspots bietet Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit des schnellen und kostenfreien Internetzugriffs. Auch in der Kommunikation zwischen Bevölkerung und Verwaltung gewinnen mobile Internetanwendungen zunehmend an Bedeutung. Das zeigt u. a. die Einführung der Finanzamt-App ElsterSmart. Die Bereitstellung von frei zugänglichen, aber gesicherten WLAN-Hotspots in und an öffentlichen Gebäuden bieten den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, diese Dienste kostenfrei und in stabiler Qualität mobil zu nutzen.

Durch öffentlich zugängliche WLAN-Netze wächst darüber hinaus die Attraktivität der Brandenburger Städte und Gemeinden u. a. für Touristen. WLAN-Hotspots sind damit zugleich Teil der Förderung der brandenburgischen Tourismuswirtschaft.

Insgesamt stellt die Schaffung von öffentlichen WLAN-Zugangspunkten einen wichtigen Beitrag zur Digitalisierung des Landes Brandenburg und für das Standort- und Citymarketing in den Städten dar.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. zu prüfen, an welchen landeseigenen Standorten ein kostenfreier WLAN-Zugang installiert werden kann,
2. auf der Basis der Analyse diese öffentlichen Gebäude bzw. Liegenschaften der Landesverwaltung (z. B. Finanzämter, Gerichte etc.) unter Einbeziehung des zentralen IT-Dienstleisters des Landes zeitnah mit frei zugänglichen WLAN-Hotspots auszustatten,
3. zu prüfen, inwieweit das Ministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit der TMB die Förderung von öffentlich zugänglichen WLAN-Hotspots in den touristischen Zentren des Landes Brandenburg unterstützen kann,

4. dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen und dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie im 1. Quartal 2018 einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung bzw. über die unternommenen Schritte vorzulegen.

Der Landtag beschließt, dass in den öffentlich zugänglichen Bereichen des Landtages und auch in der unmittelbaren öffentlichen Umgebung des Landtages frei zugängliche WLAN-Hotspots eingerichtet werden.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Engagement gegen Kinderarmut verstetigen und sichern

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 30. Juni 2017 zum TOP 17 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

In Brandenburg geht es vielen Kindern und Jugendlichen gut. Sie leben gesund und können neben Kita oder Schule vielen Freizeit-, Kultur- und Bildungsangeboten nachgehen. Dennoch gibt es auch im Land Brandenburg arme Kinder und Jugendliche. Auch wenn deren Zahl rückläufig ist, bleibt somit die aktive und zielgerichtete Bekämpfung von Armut, insbesondere jene von Familien mit Kindern, eine Herausforderung, der es sich in Zukunft weiter zu stellen gilt. Der Landtag Brandenburg hat sich schon zu Beginn der Wahlperiode zur aktiven und zielgerichteten Bekämpfung von Armut bekannt. Als wichtigen Baustein der Bekämpfung der Kinderarmut hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie gemeinsam mit weiteren staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren unter dem Motto ‚Starke Familien - starke Kinder‘ im Jahr 2015 den Runden Tisch gegen Kinderarmut gegründet. Sein Ziel ist es, Strategien und Handlungsmöglichkeiten zur Vermeidung und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln. Die Armut von Kindern und Jugendlichen äußert sich nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch in eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe, Benachteiligungen beim Bildungserwerb und in der gesundheitlichen Entwicklung. Neben dem Runden Tisch leisten das Brandenburger Bündnis ‚Gesund aufwachsen‘ und das Netzwerk ‚Gesunde Kinder‘ seit Jahren einen aktiven Beitrag zur Armutsbekämpfung. Das in diesem Jahr neu gestartete Modellprojekt ‚Schulgesundheitsfachkräfte an öffentlichen Schulen‘ ist ein weiterer Baustein, um Bildungschancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien zu verbessern. Ein weiterer Schritt für deren finanzielle Entlastung, zur Untermauerung des Spitzenplatzes Brandenburgs im Punkt der Kinderbetreuung, enthalten u. a. die Maßnahmen des Kita-Paketes, welches zum Beispiel eine schrittweise Entlastung der Eltern im Punkt der Kita-Gebühren vorsieht.

Neben den Aktivitäten des Landes hat der Bund in dieser Legislatur familienpolitische Maßnahmen wie zum Beispiel das ElterngeldPlus, die Erhöhung des Kindergeldes, die Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes oder die Investitionen in Qualität und Ausbau der Kitabetreuung auf den Weg gebracht, welche die Bekämpfung von Kinderarmut unterstützen.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. in Auswertung der Aktivitäten des Runden Tisches ‚Starke Familien - starke Kinder‘ Handlungsempfehlungen gegen Kinderarmut zu erarbeiten. Hierbei sind die Belange von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen und ihre Beteiligung am Verfahren sicherzustellen. Insbesondere folgende Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien sollen u. a. berücksichtigt werden:
 - a) Frühkindliche Bildung,
 - b) Schule,
 - c) Gewaltfreie Erziehung/Gewalt gegen Kinder und Jugendliche,
 - d) Freizeit/Kultur/Sport,
 - e) Wohnen/Sozialräume,
 - f) Familie,
 - g) Gesundheit;
2. einen Bericht über die Arbeit des Runden Tisches im 1. Quartal 2018 dem Landtag zuzuleiten;
3. die Handlungsempfehlungen nach Abschluss des Runden Tisches im 2. Quartal 2019 dem Landtag zur Beratung zuzuleiten. Evaluierungsberichte thematisch anknüpfender Projekte, wie beispielsweise des Modellprojektes ‚Schulgesundheitsfachkraft an öffentlichen Schulen im Land Brandenburg‘ oder des neuen Kinder- und Familienpolitischen Maßnahmenpakets, sind dabei angemessen zu berücksichtigen;
4. sich im Bundesrat und in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung einzusetzen für
 - a) die Forderung der Wohlfahrtsverbände nach Einführung einer Grundsicherung für Kinder und Jugendliche,
 - b) die weitere Erhöhung des Kindergeldes als ersten Schritt in Richtung einer Kindergrundsicherung,
 - c) die Überführung des Bildungs- und Teilhabepaketes in eine Regelleistung zur dauerhaften Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus sozialbenachteiligten Familien.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Für ein starkes Landespolizeiorchester Brandenburg!

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 30. Juni 2017 zum TOP 28 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest und beschließt:

1. Das Landespolizeiorchester hat immer hohe musikalische Qualität und Glanz in die Bildungs-, Kultur- und Präventionslandschaft unseres Landes Brandenburg gebracht. Es trägt ganz entscheidend dazu bei, das gesellschaftliche Ansehen der Polizei zu stabilisieren und zu stärken.
2. Das Landespolizeiorchester nimmt mit seinen Auftritten in erster Linie Aufgaben für die Polizei wahr und leistet gleichzeitig einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Es gehört in seiner vollen gegenwärtigen sinfonischen Besetzung mit 42 Musikerinnen und Musikern fest zu Brandenburg.
3. Der Landtag nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass das Ministerium des Innern und für Kommunales in Umsetzung der Anregung des Landesrechnungshofes Änderungen der Regularien für die Auftritte vorgenommen hat, was zu einer größeren Transparenz bei der Vergabe sowie einer verstärkten Prioritätensetzung führte. Die Landesregierung soll in Zusammenarbeit mit der Leitung des Landespolizeiorchesters und unter Einbeziehung der kommunalen Ebene darauf hinwirken, dass die Spiel- und Terminpläne darauf ausgerichtet werden, die musikalische Präventionsarbeit sowie die kulturelle Daseinsvorsorge in allen Regionen Brandenburgs weiter zu stärken. Der polizeiliche Präventionsauftrag soll dabei im Vordergrund stehen.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Krankenhausplanung 2020 - verlässliche Grundlagen für die zukünftige flächendeckende Versorgung in Brandenburg schaffen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 30. Juni 2017 zum TOP 29 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Das übergreifende Ziel der Krankenhausplanung bleibt eine bedarfsgerechte, flächendeckende und gut erreichbare medizinische Versorgung in allen Landesteilen. Alle Standorte sollen erhalten und weiterentwickelt werden.

Mit der geltenden Fortschreibung des Dritten Krankenhausplans wurde eine solide Grundlage für die Krankenhausversorgung im Land Brandenburg geschaffen. Auf dieser Basis und unter Berücksichtigung der geänderten bundesgesetzlichen Regelungen müssen neue Wege gesucht und beschritten werden, um Leistungen der Gesundheitsversorgung auch in Zukunft an jedem Standort anbieten zu können. Ziel ist es, insbesondere den Krankenhäusern der Grundversorgung in den ländlichen Regionen eine gute Perspektive als Anbieter von integrierten, komplexen Versorgungsstrukturen zu geben, beispielsweise als ambulant-stationäre Gesundheitszentren.

Der Landtag begrüßt die aktive Beteiligung des Landes an den großen Bundesprogrammen des Strukturfonds und des Innovationsfonds für Umbaumaßnahmen an den Kliniken und zur Förderung neuer Versorgungsformen und Versorgungsforschungsvorhaben. Mit Bezug auf die Qualitätsvorgaben des Bundes für die Bewertung der Versorgungsqualität von Krankenhäusern und Krankenhausabteilungen unterstützt der Landtag die von der Landesregierung angekündigte Erarbeitung landesrechtlicher Regelungen für planungsrelevante Qualitätsindikatoren.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin auf den Weg zu bringen. Ziel ist es, dass beide Länder im Jahr 2020 gleichzeitig ihre Krankenhauspläne beschließen, auf der Grundlage gemeinsamer Versorgungsziele und gemeinsamer Planungsgrundsätze;

2. bei der gemeinsamen Krankenausplanung mit Berlin darauf zu achten, dass die Verhandlungen auf Augenhöhe geführt und die Interessen des Flächenlandes Brandenburg gegenüber der Metropole Berlin gewahrt werden. Dazu soll ab 2018 ein gemeinsamer Regionalausschuss zur Krankenhausplanung Berlin-Brandenburg eingerichtet werden und seine Arbeit aufnehmen sowie regelmäßig im zuständigen Fachausschuss Bericht erstatten. Grundsatzentscheidungen sollen nur im Einvernehmen beider Länder getroffen werden;
3. bei der Erstellung des Brandenburger Krankenhausplans 2020 sowohl auf starke Kliniken im berlinnahen Raum als auch auf zukunftsfähige Versorgungskonzepte in allen Regionen zu achten. Das umfasst des Weiteren den Ausbau der Standorte zu modernen sektorenübergreifenden Gesundheitszentren. Der neue Krankenhausplan soll wie in der letzten Fortschreibung in einem transparenten Verfahren unter Beteiligung der Krankenhausträger, Krankenkassen, der Landeskrankengesellschaft, der kommunalen Spitzenverbände und betroffener Interessenverbände erarbeitet werden;
4. bis zum 31. März 2018 über den Stand der durch den Strukturfonds und den Innovationsfonds geförderten Brandenburger Projekte zu berichten. Dabei sind insbesondere neue Ansätze in der sektorenübergreifenden Versorgung und der Kooperation zwischen Krankenhäusern, z. B. durch telemedizinische Vernetzung, zu beachten;
5. einen Vorschlag zu erarbeiten, wie das Brandenburger Krankenhausentwicklungsgesetz so novelliert werden kann, dass die planungsrelevanten Qualitätsvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) unter Berücksichtigung der spezifischen Situation im Land Brandenburg umgesetzt werden können;
6. mit allen Partnern des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90 a SGB V Vorschläge zur Sicherung und Weiterentwicklung der Notfallversorgung in Brandenburg zu entwickeln. Dabei sollen die Ergebnisse des Versorgungsforschungsprojekts zur Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der Notfall- und Akutversorgung im Land Brandenburg, das vom Innovationsfonds mit 1,1 Mio. Euro gefördert wird, genutzt werden.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Kunst am Bau stärken

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 30. Juni 2017 zum TOP 30 folgenden Beschluss gefasst:

„I. Der Landtag stellt fest:

Das Land als öffentlicher Bauherr steht mit seinen Bauwerken herausgehoben im Blickfeld der Öffentlichkeit. Im Hinblick auf die Baukultur hat das Land als Bauherr daher eine Vorbildfunktion. Das Land und der Landtag bekennen sich zu dieser Verantwortung. Bauwerke des Landes sollen, insbesondere wenn sie herausgehobenen Funktionen dienen und an exponierten Standorten stehen, das baukulturelle Niveau und Verständnis in unserem Land widerspiegeln und sein. Mit der Umsetzung von Kunst am Bau ist dies u. a. im Rahmen des Neubaus des Landtages und beim Bau der Landesvertretung Brandenburg in mustergültiger Form gelungen.

Kunst am Bau prägt die Qualität von Bauten mit und ist integraler Bestandteil der Bauaufgabe und der öffentlichen Bauherrenverantwortung. Dabei gehen die Bauaufgabe und die künstlerische Idee Hand in Hand. Gerade die bildenden Künstler*innen profitieren von Kunst am Bau und ihnen gebührt Dank für ihre Mitwirkung an solchen Bauprojekten. Architektur und Kunst am Bau sind in diesem Kontext öffentliche Künste, die allgemein zugänglich und dauerhaft präsent sind. Der Bezug von Kunst am Bau auf den Ort und das Objekt trägt dazu bei, Akzeptanz und Identifikation der Nutzer*innen mit ihrem Bauwerk sowie in der Öffentlichkeit zu stärken, Aufmerksamkeit herzustellen und Standorten ein zusätzliches Profil zu geben. Aus diesen Gründen spricht sich der Landtag für eine Stärkung von Kunst am Bau aus.

II. Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel

- a) die bestehende Richtlinie für die Durchführung von Bauaufgaben des Landes (RLBau) mit Beteiligung des Brandenburgischen Verbandes der bildenden Künstler*innen hinsichtlich ‚Kunst am Bau‘ fortzuentwickeln. Dabei soll sich an der aktuell gültigen Fassung der Richtlinie zur Durchführung von Bauaufgaben des Bundes (RBBau), Anhang K 7 und an den Festlegungen des Leitfadens Kunst am Bau des Bundes orientiert und folgende Punkte besonders berücksichtigt werden:

- grundsätzlich bei jeder Baumaßnahme des Hochbaus, der Ingenieurbauwerke, der Verkehrsanlagen und des Landschaftsbaus Mittel für Kunst am Bau einzustellen und Ausnahmen nur in begründeten Einzelfällen zuzulassen,
 - für Kunst am Bau einen Anteil von mindestens 0,5 Prozent der Bausumme anzusetzen und dabei sowohl Material- und Herstellungskosten als auch Honorar vorzusehen und diesen Anteil bei städtebaulich oder in anderer Hinsicht besonders bedeutsamen Vorhaben auf bis 1,0 Prozent zu erhöhen,
 - auf eine Vielfalt der Kunstgenres zu achten,
 - Regelungen für Ankaufverfahren von Kunstwerken im Rahmen von Kunst am Bau zu berücksichtigen,
 - eine Dokumentationspflicht für Kunst am Bau sowie Regelungen zum nachhaltigen Umgang mit bestehender Kunst am Bau einzuführen;
- b) bei der Förderung von Baumaßnahmen die Beteiligung bildenden Künstler*innen in ‚Kunst am Bau‘-Maßnahmen im Rahmen der vorhandenen Fördermöglichkeiten fortzusetzen;
 - c) eine Verpflichtung zur Umsetzung von Kunst am Bau bei mit Landesmitteln geförderten Baumaßnahmen zu prüfen;
 - d) mit anderen öffentlichen Einrichtungen (z. B. Kommunen, Hochschulen) ins Gespräch zu kommen, um die Umsetzung von Kunst am Bau auch hier zu stärken;
 - e) ein Verfahren zu entwickeln, wie die für Bau und für Kultur zuständigen Ministerien regelmäßig über anstehende Baumaßnahmen informieren und entsprechend bei Künstler*innen werben;
 - f) bei der Auslobung und Durchführung von Vergaben und Wettbewerben ein transparentes Verfahren sicherzustellen;
 - g) die für Kultur und Bau zuständigen Ausschüsse des Landtages bis Mitte 2018 über den Stand der Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zu informieren sowie einen Bericht über die bisher im Land durchgeführten Maßnahmen von Kunst am Bau vorzulegen. Dabei sollte auch der Zustand der Kunst am Bau berücksichtigt werden.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Ausstellungsvergütungen für Künstlerinnen und Künstler

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 48. Sitzung am 30. Juni 2017 zum TOP 31 folgenden Beschluss gefasst:

„1. Der Landtag stellt fest:

Einrichtungen der Brandenburger Landesverwaltung präsentieren regelmäßig in ihren Räumlichkeiten Werke bildender Künstlerinnen und Künstler. Ob Grafiken, Gemälde, Fotografien oder auch Plastiken - durch die Ausstellung von Kunst im öffentlichen Raum trägt die Landesverwaltung damit zur kulturellen Bildung bei und unterstützt Künstlerinnen und Künstler in ihrer Arbeit. Das begrüßt der Landtag ausdrücklich und ermuntert die jeweiligen Institutionen des Landes ebenso wie andere Einrichtungen der öffentlichen Hand, Kunstaussstellungen in ihren Räumlichkeiten durchzuführen. Nach Möglichkeit sollten dabei bevorzugt auch Brandenburger Künstlerinnen und Künstler berücksichtigt werden.

Im Zusammenhang mit Ausstellungen entstehen für die Künstlerinnen und Künstler jedoch häufig Aufwendungen in nicht unerheblichem Umfang. Ob und in welcher Höhe durch die jeweilige Einrichtung des Landes eine Entschädigung bzw. eine Vergütung für den Aufwand der Ausstellung gezahlt wird, ist sehr unterschiedlich. Der Landtag betont an dieser Stelle, dass zuzüglich zu der kostenfreien Möglichkeit, Kunstwerke in den Räumlichkeiten der Landesverwaltung auszustellen eine Vergütung für Künstlerinnen und Künstler angemessen und notwendig ist.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

a) eine Leitlinie zur Ausstellungsvergütung für Künstlerinnen und Künstler zu erarbeiten, die für alle Ausstellungen in Einrichtungen der Landesverwaltung geltende Standards schafft. Dabei sollen insbesondere folgende Bereiche berücksichtigt werden:

1. Gegenstand der Vergütung,
2. Art und Umfang der Finanzierung und gestaffelte Höhe der Vergütung,
3. Definition von Anspruchsberechtigten und formale Anforderungen für eine Vergütung und
4. ausschließende Bedingungen.

Die Leitlinie soll bis zum Ende des Jahres 2017 erarbeitet werden. Der zuständige Ausschuss des Landtages ist entsprechend zu informieren;

- b) gemeinsam mit den Kommunen und den anderen Bundesländern auf Bundesebene auf eine tragfähige finanzielle Lösung zur Vergütung der öffentlichen Nutzung der Werke bildender Künstlerinnen und Künstler hinzuwirken und dabei insbesondere die Stellungnahmen der bundesweit aufgestellten Organisationen bildender Künstlerinnen und Künstler sowie Urheberverbände zu berücksichtigen.
3. Der Landtag beauftragt das Präsidium des Landtages, eine entsprechende Regelung zur Vergütung von Künstlerinnen und Künstlern auch für Ausstellungen des Landtages zu erarbeiten.“

Britta Stark
Die Präsidentin